

## Update aus dem Bundestag – 8/2017

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

**Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,**

die letzten regulären Sitzungswochen dieser Legislaturperiode waren nicht nur arbeitsintensiv, sie hatten es auch politisch in sich: Mit der erfolgreichen Abstimmung über die „**Ehe für alle**“ ist es uns gelungen, die Wahlperiode mit einer wichtigen gesellschaftspolitischen Reform der vergangenen Dekade abzuschließen. Zudem wurde mit dem Bundesparteitag und der Verabschiedung des SPD-Wahlprogramms der **Bundestagswahlkampf** offiziell eingeläutet.

Aus diesen Gründen berichte ich vorerst zum letzten Mal über meine Arbeit in Berlin. Allerdings werde ich mich in den kommenden Wochen regelmäßig mit dem „Update“ aus dem Wahlkreis melden.

– **Herzliche Einladung** –

### **Deutschland vor dem Machtwechsel?**

Gemeinsam mit unserem neuen SPD-Landesvorsitzenden **Mike Groschek** wollen wir diskutieren, über unsere Ziele sprechen und wie wir sie im Bundestagswahlkampf umsetzen.

Bist Du dabei? Sind Freunde und Bekannte interessiert? Wir freuen uns auf die Teilnahme aller, die einen Wahlsieg der SPD wollen und dafür kämpfen.

**Mittwoch, 12. Juli 2017, um 18:30 Uhr**  
**Landvolkshochschule Freckenhorst (LVHS),**  
**Am Hagen 1, 48231 Warendorf**

### **Ehe für alle – endlich auf den Weg gebracht**

Liebe, Verantwortung, Treue und Fürsorge kennen kein Geschlecht. Seit vielen Jahren kämpft die SPD dafür, dass auch homosexuelle Paare heiraten können und damit die gleichen Rechte und Pflichten erhalten, wie alle anderen auch. Bisher war aber jeder Vorstoß in diese Richtung am Widerstand der Union und von Frau Merkel gescheitert.

Die CDU-Parteivorsitzende hat nun diese Woche öffentlich erklärt, dass die Abstimmung zur Ehe für alle eine Gewissensentscheidung sei, nicht zuletzt zur Überraschung ihrer eigenen Partei. Bei einer Gewissensentscheidung ist die Fraktionsdisziplin aufgehoben – und damit sind es auch die Zwänge der Koalition.

Wir haben die Abstimmung über die Ehe für alle daraufhin sofort auf die Tagesordnung des Bundestags gesetzt – und damit nichts anderes getan, als die CDU-Parteivorsitzende beim Wort zu nehmen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf des Bundesrats, der von Rheinland-Pfalz 2015 eingebracht worden war, lag vor. Mit den Stimmen von SPD, Grünen, Linken und 75 Christdemokraten haben wir den Gesetzentwurf angenommen.

Wir Sozialdemokraten wollen wir unser Land lebenswerter und gerechter machen. Das ist mit der Entscheidung gelungen.

### **Gedenken an Helmut Kohl**

In der vergangenen Woche habe ich mich in das Kondolenzbuch für den verstorbenen Altkanzler Helmut Kohl eingetragen. Kohls Verdienste für die

deutsche und die europäische Einigung sind unbestritten. Er wollte kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Diese Vorstellung von Europa teile ich. Ich habe sein Fehlverhalten als Parteivorsitzender, insbesondere seine manchmal maßlose Kritik gegenüber Sozialdemokraten nicht vergessen. Dennoch hat er sich um Deutschland verdient gemacht.



Am 23.6.2017 habe ich mich in das Kondolenzbuch für den verstorbenen Bundeskanzler Helmut Kohl eingetragen.

### Rede zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland

Am vergangenen Donnerstag habe ich meine letzte Rede im Bundestag in dieser Legislaturperiode gehalten. Zur Debatte stand ein Antrag der Linken, der vorgeblich das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse zum Thema hatte. Tatsächlich war der Antrag jedoch ein schlecht getarnter Versuch, die bisherige Förderung der ostdeutschen Bundesländer auch in Zukunft zu erhalten.



Bei meiner Rede im Bundestag am 29.6.2017 zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland.

Genau das will die SPD aber nicht. Wir bekennen uns klar zu dem im Grundgesetz normierten Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland.

Wir wollen eine Förderung, die sich nicht nach der Himmelsrichtung ausrichtet, sondern nach der tatsächlichen Bedürftigkeit einer Region. Das muss auch die Linke einsehen.

In der großen Koalition haben wir eine Menge erreicht für gleiche Chancen überall in Deutschland. Mit dem Schulinvestitionsprogramm bspw. stehen erstmals 3,5 Milliarden Euro für die zielgerichtete Förderung von Schulsanierungen in finanzschwachen Kommunen zur Verfügung.

→ Meine ganze Rede kann man unter diesem Link sehen: <https://dbtq.tv/fvid/7125658>

### Bilanz der Großen Koalition

Die SPD ist vor vier Jahren mit einer klaren Vorstellung in die Große Koalition gegangen, was wir für die Zukunft unseres Landes erreichen wollen. Ein Blick auf die unsere parlamentarische Arbeit zeigt: Wir haben gehalten, was wir versprochen haben – eine Bilanz, auf die wir zu Recht stolz sein können! Wir haben den Mindestlohn und bessere Renten durchgesetzt, für mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze gesorgt, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden geschaffen und erstmals verbindliche Regeln für Integration verankert. Gleichzeitig investieren wir Milliarden in den sozialen Wohnungsbau, in Verkehrswege, Klimaschutz und gute Bildung. Besonders freut mich, dass wir das Kooperationsverbot aufbrechen konnten, damit sich der Bund zukünftig direkt an der Modernisierung von Schulgebäuden beteiligen kann.

**BILANZ 2013 - 2017**

**Viel erreicht, um das Leben der Menschen zu verbessern.**

Jetzt nachlesen: <http://bit.ly/bilanz-spdwt-wp18>

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Other items listed: Höheres BAföG, Mehr Kitaplätze, Ost-West Rentenangleichung, Mehr Erwerbsminderungsrente, Flackingverbot, Mietpreisbremse, Reform der Betriebsrenten, Neues Pflegebegriff, Modernes Teilhaberecht, 3,5 Milliarden für Schulen, Höheres Wohngeld, Mindestlohn, Höhere Mütterrente, Gesetzliche Frauenquote, Leiharbeit reguliert, Milliardenentlastung für Städte und Gemeinden, Besserer Mutterschutz, ElterngeldPlus, Rente nach 45 Jahren, Doppelpass.

Nicht zuletzt haben wir die Städte und Gemeinden in Rekordhöhe entlastet, um rund 60 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode. Eine solide finanzielle Ausstattung der Kommunen überall in Deutschland ist eine Voraussetzung, um das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse zu erreichen.

Andere Vorhaben sind dagegen an den Blockaden unseres derzeitigen Koalitionspartners gescheitert. Dazu gehören etwa das Rückkehrrecht in Vollzeit, eine solidarische Mindestrente und die Abschaffung von Steuerprivilegien für hohe Managergehälter. Dies zeigt: Progressive sozialdemokratische Politik benötigt Mehrheiten jenseits der Großen Koalition.

→ Die ausführliche Bilanz der Großen Koalition ist als Broschüre online erhältlich: <http://bit.ly/bilanz-spdwt-wp18>

## Rückblick Bundesparteitag

Mit großer Geschlossenheit haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf unserem Bundesparteitag deutlich gemacht: Anders als die Union haben wir eine klare Vorstellung, wie wir Zukunft unseres Landes gerechter gestalten.



Mit Mitgliedern der Delegation des Kreises Warendorf auf dem SPD-Bundesparteitag am 25.6.2017 in Dortmund.

Martin Schulz hat Recht: Die programmatische Verweigerungshaltung von CDU/CSU ist gefährlich. Denn eine starke Demokratie lebt vom Wettstreit politischer Meinungen und Konzepte. Wenn eine Partei sich diesem Wettbewerb verweigert, dann ist das eine Arroganz gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die auf Dauer die Legitimität unserer parlamentarischen Demokratie schwächt.

→ Das komplette Wahlprogramm findet ihr unter: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag\\_2017/Es\\_ist\\_Zeit\\_fuer\\_mehr\\_Gerechtigkeit-Unser\\_Regierungsprogramm.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf)

## SPD-Konzept für verlässliche Renten

Nach einem langen Arbeitsleben im Alter gut leben können: Auf dieses Kernversprechen des Sozialstaates müssen sich alle verlassen können – egal ob jung oder alt. Doch bei vielen wächst die Unsicherheit, ob die eigene Rente einmal für einen angemessenen Lebensstandard reichen wird.

Andrea Nahles hat ein Rentenkonzept erarbeitet, dass das weitere Absinken des Rentenniveaus stoppt: Bis 2030 soll das gesetzliche Rentenniveau mindestens 48 Prozent betragen – die Union nimmt demgegenüber ein Absinken auf 43 Prozent in Kauf. Gleichzeitig wird im SPD-Konzept der Beitragssatz auf 22 Prozent begrenzt. Für die SPD steht fest: Eine Rente erst ab 70, wie von der Union angedacht, wird es mit uns nicht geben! Zudem wollen wir eine Mindestrente für langjährig Beschäftigte einführen, damit sie im Ruhestand über mehr verfügen als nur die Grundsicherung.

Schließlich wollen wir das Rentensystem für eine Übergangszeit ab 2027 mit zusätzlichen Bundesmitteln stabilisieren. Bisher nicht abgesicherte Selbstständige sollen ebenfalls in die gesetzliche Rentenversicherung miteinbezogen werden.

## Zeit für Investitionen und gerechte Steuern

Die SPD-Eckpunkte für die erste echte Steuerreform seit 2002 legen den Grundstein dafür, den Wohlstand in unserem Land gerechter zu verteilen. Dabei ist uns wichtig: Wir versprechen nichts, was wir nach der Wahl nicht halten können. Mit uns wird es aber keine breitflächige Steuerentlastung geben, von der vor allem Besserverdienende profitieren. Vielmehr werden wir Familien und Alleinerziehende sowie mittlere oder kleinere Einkommen gezielt entlasten durch

- die schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren, einen Familientarif und Kinderbonus bei der Einkommenssteuer.
- die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für untere und mittlere Einkommen. Das Entlastungsvolumen beträgt bis zu 10 Milliarden Euro. Hiervon profitieren auch viele mittelständische und Handwerksbetriebe.
- die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein um 5 Milliarden Euro entlastet,
- eine Entlastung bei den Sozialabgaben für kleinere Einkommen bis 1.300 Euro bei gleichbleibenden Rentenansprüchen.

Zudem wollen wir die Einkommenssteuer gerechter gestalten. Der bisherige Spitzensteuersatz wird von 42 auf 45 Prozent angehoben und soll künftig erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 76.200 Euro (Singles) bzw. 154.000 Euro (Ehepaare) greifen.

Wir finden: Wer viel hat, kann und muss einen größeren Beitrag leisten. Deshalb wollen wir die Reichensteuer künftig fix ab einem Einkommen von 250.000 Euro (Alleinstehende) erheben. Mit einer Reform der Erbschaftssteuer wollen wir große Erbschaften wieder angemessen besteuern. Außerdem werden wir die Abgeltungssteuer abschaffen, die Einkommen aus Kapital privilegiert.

→ Ausführliche Informationen zum Steuerkonzept und Beispielrechnungen gibt es auf dieser Webseite: <https://www.spd.de/standpunkte/investitionen-steuern/>

## Die Reform der Pflegeberufe kommt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in dieser Legislaturperiode wichtige Verbesserungen in der Pflege erreicht. So haben wir die Leistungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige ausgebaut. Nun haben wir im Bundestag die Reform der Pflegeausbildung auf den Weg gebracht.

Im Rahmen einer generalistischen Pflegeausbildung wird die Ausbildung der Alten-, Kranken-, und Kinderkrankenpflege zu einem einheitlichen

Berufsbild zusammengeführt. Damit wird die Ausbildung nicht nur moderner und durchlässiger werden, sondern auch zu höheren Löhnen in der Pflege beitragen. Zudem haben wir durchgesetzt, dass der Besuch der Pflegeschulen künftig bundeseinheitlich gebührenfrei ist.

### Man kennt sich, man hilft sich...



Mit Kanzlerkandidat Martin Schulz am 28.6.2017 im Bundestag. Man sieht: Der Mann hat nicht nur die große Politik im Blick, sondern auch die Details... Prädikat: Kanzlertauglich!

### Wohnungseinbrüche härter bestrafen

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist im letzten Jahr zwar um rund zehn Prozent zurückgegangen; dennoch sind rund 150.000 Wohnungseinbrüche im Jahr in Deutschland noch immer viel zu viel. Die Opfer von Einbrüchen leiden nicht nur unter dem materiellen Schaden, sondern müssen häufig auch mit erheblichen psychischen Folgen kämpfen.

Mit dem vorliegenden Gesetz werden Wohnungseinbrüche künftig mit einer Mindeststrafe von zwölf Monaten bestraft. Außerdem werden wir den Ermittlern ermöglichen, auch in diesen Fällen eine Verkehrsdatenabfrage durchzuführen. Allein die Gesetze zu verschärfen, wird aber nicht ausreichen. Wir müssen dringend die Aufklärungsquoten erhöhen und die Täterinnen und Täter möglichst schnell zur Rechenschaft ziehen, damit sie nicht monatelang ihr Unwesen treiben. Dazu benötigen wir deutlich mehr Polizisten.

### DStGB-Kommunalkongress 2017

Beim Kommunalkongress 2017 des Deutschen Städte- und Gemeindebundes habe ich mit Ralph Brinkhaus, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke, und Christian Kühn, baupolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen diskutiert.



Auf dem Podium des DStGB-Kommunalkongresses 2017 am 20.6.2017 in Berlin.

Dabei habe ich unter anderem für eine Fortsetzung der Bundesunterstützung für Flüchtlinge, die Aufhebung des so genannten Kooperationsverbots und konstruktive Lösungen für einen sozialen Arbeitsmarkt plädiert.

### Effizienten Umgang mit Nährstoffen im Betrieb sicherstellen

Diese Woche haben wir die Verordnung der Bundesregierung über den Umgang mit Nährstoffen im Betrieb beraten. Ziel ist es, einen nachhaltigen und ressourceneffizienten Umgang mit Nährstoffen in landwirtschaftlichen Betrieben sicherzustellen und hierbei Nährstoffverluste in die Umwelt so weit wie möglich zu vermeiden. Für bestimmte Betriebe wurde die Pflicht zur Erstellung einer betrieblichen Stoffstrombilanz eingeführt. Ab dem 1. Januar 2018 bzw. dem 1. Januar 2023 sind von den betroffenen Betrieben die Zufuhr von Nährstoffen in den Betrieb und die Abgabe von Nährstoffen in einer Stoffstrombilanz zu erfassen und zu bewerten.

### Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken verbessern

Das Recht auf Meinungsfreiheit ist in einer Demokratie ein hohes, schützenswertes Gut. Aber: Die Meinungsfreiheit endet dort, wo strafbare Hetze oder Verleumdung beginnt. Gerade im Netz und in den sozialen Netzwerken müssen wir feststellen, dass diese Phänomene immer stärker den Diskurs dominieren. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen strafbare Falschmeldungen, Hetze und Hassreden gezielt bekämpft werden. Vorgesehen sind eine gesetzliche Berichtspflicht für soziale Netzwerke über den Umgang mit Hasskriminalität,

ein wirksames Beschwerdemanagement sowie die Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten. Verstöße gegen diese Pflichten können mit Bußgeldern gegen das Unternehmen und die Aufsichtspflichtigen geahndet werden. Im weiteren parlamentarischen Verfahren hat die SPD-Fraktion erreicht, dass der Anspruch auf Auskunft über Bestandsdaten auf schwere Persönlichkeitsrechtsverletzungen begrenzt und mit einem Richtervorbehalt versehen ist.

### Bilanz der AG Kommunalpolitik

In der vergangenen Woche habe ich die letzte Sitzung der AG Kommunalpolitik in dieser Legislaturperiode geleitet. Dabei habe ich eine Bilanz der 18. Wahlperiode gezogen und deutlich gemacht, mit welchen Maßnahmen wir die Kommunen langfristig finanziell gestärkt und kurzfristig entlastet haben. Bei einer Gesamtsumme von rund 60 Milliarden Euro, um die wir die Städte und Gemeinden entlastet haben, lässt sich sagen: Noch nie wurde in einer Legislaturperiode mehr für die Kommunen erreicht.



Am 20.6.2017 habe ich zusammen mit Fraktionschef Thomas Oppermann die Broschüre unserer kommunalpolitischen Bilanz im Bundestag vorgestellt.

→ Die gesamte kommunalpolitische Bilanz der SPD-Bundestagsfraktion gibt es in Form einer Broschüre zum Download: <http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/web-a6-bilanz-kommunen-062017.pdf>

→ Zudem haben wir ein Video produziert, das erläutert, auf welche Weise wir unsere Kommunen stärken: <https://youtu.be/NoyUsou6NNQ>

### Kleingärtnerverein „Zur Rose“ e.V. aus Sendenhorst zu Gast in Berlin

Die beiden Vorstandsmitglieder Hubert Klar und Helmut Jarosch waren diesen Donnerstag nach Berlin gekommen, um eine Förderung aus den Händen von Bundeslandwirtschaftsminister

Christian Schmidt entgegenzunehmen. Als eines von 10 repräsentativ geförderten Projekten im Programm „500 Landinitiativen“ wurde der Kleingartenverein nach Berlin eingeladen.



Mit Bundesminister Christian Schmidt, Hubert Klar und Helmut Jarosch (v.l.n.r.) am 29.6.2017 im Bundesministerium für Landwirtschaft.

Mit dem bundesweiten Programm „500 Landinitiativen“ unterstützt das Bundeslandwirtschaftsministerium gezielt das Ehrenamt in ländlichen Regionen. Das Programm richtet sich an Initiativen, die sich für die nachhaltige Integration geflüchteter Menschen im ländlichen Raum einsetzen.

Hubert Klar und Helmut Jarosch wollen das Projekt jetzt zielgerichtet weiter verfolgen. „Wir nehmen die Förderung gerne an. Wir sind offen für neue Mitglieder und sind selbstverständlich auch gerne bereit, unseren Teil zur Integration von Flüchtlingen zu leisten.“ Außerdem haben sie sich herzlich bei mir für die Unterstützung bei dem Antrag bedankt.

Nach der Veranstaltung im Landwirtschaftsministerium habe ich die beiden noch in den Bundestag zu einer Führung und einem Besuch des Plenums eingeladen.

### Podiumsdiskussion „Für die Würde unserer Städte“

Das Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte hat zu seiner Kommunalkonferenz die kommunalpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen eingeladen. Ich habe mit Britta Haßelmann (B'90/Die Grünen), Christian Haase (CDU/CSU) und Kerstin Kassner (Die Linke) über Strategien, wie hochverschuldeten Kommunen aus der Schuldenfalle geholfen werden kann, diskutiert.

Gerne könnt Ihr die hier dargestellten Informationen weitergeben und diskutieren.

Euer

A handwritten signature in blue ink that reads 'Bundesrat Jalsow'.